



Das Recht auf die richtige Bildung - ein Menschenrecht!

In der aktuellen „Schuldebatte“ in Österreich ist der Schwerpunkt sehr einseitig auf Arbeitszeit und Entlohnung der Lehrer gerichtet gewesen. Die Lehrer waren wegen der zwei Stunden geplanter Arbeitszeit im Klassenzimmer streikbereit, nicht wegen der überfälligen großen Verbesserung des Schulsystems zum Wohle der Kinder und Jugendlichen. Viele tausend Schüler wiederum konnten von den Schulverbänden mobilisiert werden, weil ihnen freie Tage gestrichen wurden, zusätzlich wurden Forderungen nach einer Verbesserung des Schulsystems und mehr Budget gestellt. Eigentlich könnten Lehrer, Schüler gemeinsam mit Eltern und anderen Bürger das Menschenrecht auf die richtige Bildung einfordern.

Das Recht auf Bildung wurde schon 1948 in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten. Die Eltern haben darin ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll. Dieses Recht auf Wahl setzt das Vorhandensein von Wahlmöglichkeiten voraus, die in Österreich nicht ausreichend angeboten werden. Die Rechte der Kinder sind detailliert in der Konvention über die Rechte des Kindes zu finden, die am 2. September 1990 in Kraft trat. Bis auf Somalia und die USA haben alle Staaten der Welt diese Konvention ratifiziert. Die Vertragsstaaten sind dazu verpflichtet, durch die Bildung die Persönlichkeit, die Begabung, die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen. (Artikel 29 Kinderrechtskonvention).

Die Kinderrechtskonvention verlangt, dass in allen Angelegenheiten der Disziplin die Menschenwürde des Kindes gewahrt wird. Die Vertragsstaaten sollen den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen und modernen Unterrichtsmethoden erleichtern (Artikel 28 Kinderrechtskonvention). In Österreich haben theoretisch alle Verantwortlichen und auch Lehrer Zugang zu modernen Konzepten und Methoden. Trotzdem gleichen Schulgebäude immer noch „Kasernen“ mit stündlichem Appell. Kindgerechte Unterrichtsmethoden wurden in den letzten 100 Jahren ausreichend entwickelt. Die Frage stellt sich, warum Lehrer diese in Aus- und Weiterbildung nicht ausreichend lernen bzw. diese nicht zum Wohl der Kinder eingesetzt werden.

Kinder sollen laut Kinderrechtskonvention auch das Recht haben, ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern und diese muss angemessen berücksichtigt werden (Artikel 12 Kinderrechtskonvention). Laut UNICEF-Grundsatzpapier „Recht auf Bildung“ verlangt dieser Artikel nach großen Veränderungen in den vielen Schulen, die zurzeit Kindern die Möglichkeit verwehren, Entscheidungen zu hinterfragen oder die Schulpolitik zu beeinflussen.

Im UNICEF-Grundsatzpapier „Recht auf Bildung“ wird festgehalten, dass die Beziehung zwischen Kindern und Lehrern von größter Bedeutung ist. Von Lehrern wird darin erwartet, dass sie Kinder anleiten und fördern. Lernen beginnt mit dem Gesichtspunkt des Kindes und entwickelt sich mit der aktiven Beteiligung des Kindes immer weiter. Wenn Kinder nur nachsagen, was der Lehrer vorsagt, dann werden ihre Bedürfnisse hinsichtlich Bildung und Entwicklung eindeutig nicht erfüllt. Die Kinderrechts-Konvention führt zu einem kinderorientierten Unterrichtsmodell. Schüler, die aktiv partizipieren, selbständig denken und Probleme lösen, können so ein Selbstwertgefühl entwickeln, das wesentlich ist, um ein Leben lang zu lernen und Entscheidungen zu treffen. Zur Schule zu gehen und dann nicht auf das Leben vorbereitet zu sein, ist eine Verschwendung.

Österreich hatte viele Jahre Zeit, um diese Forderungen umzusetzen. Abgesehen von den teilweise kleineren Klassen hat sich für die Kinder nicht viel verbessert – im Gegenteil: bedingt durch Teilnahmen an

internationalen Tests wird der Lerndruck auf die Kinder immer größer. Jeder Lehrer weiß, was seine Schüler laut Lehrplan wissen müssen, doch kaum jemand fragt, was die Schüler brauchen.

Wie Schulen aussehen müssten, damit unsere Kinder nachhaltig lernen können, „fürs Leben lernen“ und nicht für eine Prüfung, dafür gibt es schon viele Modellschulen. Für manche Schüler mag das vorhandene Schul- und Prüfungssystem in Österreich passen, für die Mehrheit nicht und - Österreich hat die Pflicht, allen Kindern ein von negativem Stress befreites Lernen und Leben zu ermöglichen.

Beim Weltkindergipfel 2002 forderten die Kinder des Kinderforums in ihrem Appell, dass sie eine kindergerechte Welt erleben, in der die Schule so gestaltet ist, dass Kinder mit Freude lernen. Die Kinder formulierten prägnant: „Wir sind keine Ausgaben, sondern Investitionen.“ In diesem Sinne, ist es an der Zeit eine kindgerechte Bildung einzufordern.

10 Forderungen für eine kindgerechte Bildung

Es möge sichergestellt werden, dass

1. das Wohl der Kinder und Jugendlichen der Maßstab für alle gesetzten Maßnahmen ist.
2. Lehrer qualifiziert werden, die unterschiedlichen Lernweisen von einzelnen Kindern festzustellen und methodisch angemessen zu handeln.
3. die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kinder gerne lernen, die natürliche Neugier und Wissbegierde erhalten bleibt und überzogenes Leistungsdenken ersetzt. Kinder zusätzlich die Fähigkeit und Motivation erwerben, sich neben bzw. nach Abschluss der Schule sich selbst weiterzubilden.
4. Kinder das Recht auf „Lernen durch Fehler“ haben, ohne der Bestrafung durch schlechte Noten oder Blamage ausgesetzt zu werden.
5. die Schulform an die biologischen Möglichkeiten der Kinder und Jugendlichen angepasst wird, z. B. Lernen und Freizeit abwechseln und Raum und Zeit für ausreichend Bewegung auch im Freien gegeben ist.
6. das derzeitige Prüfungs- und Bewertungssystem durch effizientere Formen ersetzt wird.
7. alle Talente und Begabungen gleichwertig gesehen werden, da alle Kinder es wert sind, entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert zu werden.
8. die physische und psychische Gesundheit der Schüler und Schülerinnen sich drastisch verbessert.
9. das Schulsystem so ausbildet, dass auch jene Kompetenzen gefördert werden, die für eine spätere selbständige Tätigkeit erforderlich sind.
10. Öffentliche Schulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten angeboten werden, damit die Eltern die für ihre Kinder die richtigen Schulen wählen können.

Wenn Sie diese Forderungen unterstützen wollen, tragen Sie sich auf www.fpzentrum.at ein.

Margareta Beinstein
Förderpädagogisches Zentrum
Verein SCHÜLER IN NOT
Mollardgasse 89/10/R1
1060 Wien
E-Mail: m.beinstein@fpzentrum.at

Mag. Martina Schubert
FO.FO.S
Forum zur Förderung der Selbstständigkeit
Erdbergstraße 10/44
1030 Wien
E-Mail: office@focos.at